

Sex-Arbeitsplätze in Deutschland: Reiseveranstalter bieten bis zu achttägige Touren in deutsche Bordelle an, versprochen werden bis zu

Ungeschützt

Prostitution soll in Deutschland ein anerkannter Beruf wie jeder andere sein. Die Politiker feiern sich als liberal, doch die Lage vieler Frauen ist fatal: Sie werden von Zuhältern und Menschenhändlern ausgebeutet.

Sânandrei in Rumänien ist ein armes Dorf mit maroden Häusern und schlammigen Wegen. 80 Prozent seiner jungen Bewohner haben keine Arbeit, und eine Familie kann froh sein, wenn sie einen Garten besitzt, in dem Gemüse und Kartoffeln wachsen.

Alina steht vor dem Haus ihrer Eltern, einem der ältesten in Sânandrei, sie trägt Fellstiefel zur engen Jeans und erzählt, warum sie weg wollte, vor vier Jahren, als sie gerade 22 Jahre alt geworden war. Sie

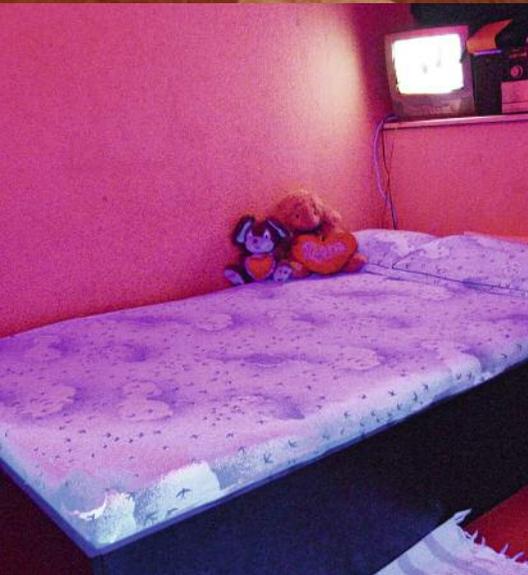
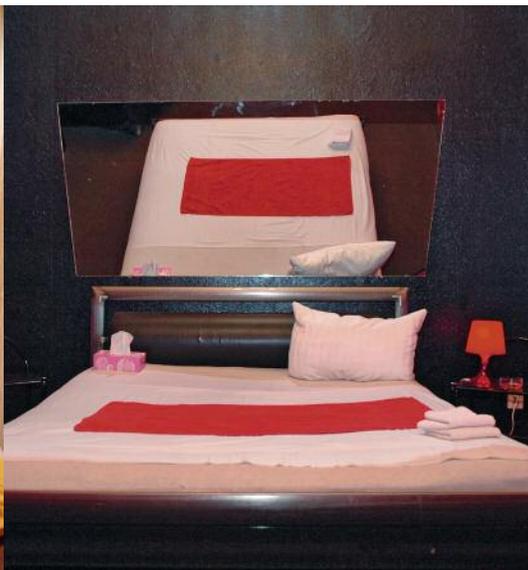
erzählt vom Vater, der trank, die Mutter schlug und manchmal auch die Tochter. Alina hatte keinen Job und kein Geld.

Über den neuen Mann einer Freundin hörte sie von Deutschland: dass man dort als Prostituierte locker 900 Euro im Monat verdienen könne.

Alina begann zu überlegen. Alles schien ihr besser als Sânandrei. „Ich dachte, ich habe da ein eigenes Zimmer, ein Bad und nicht viele Kunden.“ Im Sommer 2009 seien sie und ihre Freundin zu

dem Mann ins Auto gestiegen und durch Ungarn, die Slowakei und Tschechien in die deutsche Hauptstadt gefahren. Nicht ins schicke Berlin-Mitte, sondern nach Schönefeld, wo schon der Name des Etablissements vom Niveau der Betreiber kündete: „Airport Muschis“. Die Spezialität des Hauses waren Flatrate-Tarife. Für 100 Euro am Abend gab es Sex, so lange und so oft die Freier wollten.

Alles sei sehr schnell gegangen, berichtet Alina. Da seien Rumänen gewesen,



hundert total nackte Frauen

die den Mann kannten, mit dem sie gekommen war. Ihre Kleider habe sie abgeben müssen und dafür knappe Dessous erhalten. Schon ein paar Stunden nach der Ankunft sollte sie die ersten Kunden empfangen. Wenn sie nicht nett genug zu den Freiern gewesen sei, hätten die Rumänen den Lohn gekürzt.

Die Berliner Kunden zahlten am Eingang die Pauschale. Viele hielten, gestärkt durch Potenzmittel, die ganze Nacht durch. Vor Alinas Zimmer bildete sich eine Schlange. Sie habe irgendwann aufgehört, die Männer zu zählen, die in ihr Bett stiegen. „Das habe ich verdrängt“, sagt sie, „es waren so viele, jeden Tag.“

Alina sagt, sie und die anderen Frauen hätten 800 Euro pro Woche an die Aufpasser abgeben müssen. In einem Schlafsaal habe sie ihr Bett mit drei anderen Frauen geteilt, mehr Möbel habe es nicht gegeben. Von Deutschland habe sie nur die Esso-Tankstelle um die Ecke gesehen. Dort durfte sie, begleitet von einem Bewacher, Zigaretten oder Chips kaufen. Die restliche Zeit sei sie im Club eingesperrt gewesen.

Staatsanwälte ermittelten, dass die Frauen in dem Club vaginalen, oralen und analen Verkehr anbieten und beim sogenannten Gangbang mehrere Männer gleichzeitig bedienen mussten. Auch ohne Kondome. „Ablehnen durfte ich nichts“, sagt Alina. Während der Menstruation führte sie sich Schwämmchen ein, damit die Kunden nichts bemerkten.

Prügel habe sie kaum bekommen, auch die anderen Frauen nicht. „Die haben gesagt, sie würden genug Leute in Rumänien kennen, die wüssten, wo unsere Familien wohnen. Das reichte.“ Ab und zu rief Alina mit ihrem Handy bei ihrer Mutter an. Dann log sie ihr vor, wie schön es in Deutschland sei. Einmal zahlte ein Zuhälter 600 Euro an Alina, es gelang ihr, das Geld zu ihrer Familie zu schicken.

Alinas Geschichte ist in Deutschland nicht ungewöhnlich. Hilfsorganisationen und Fachleute schätzen, dass in Deutschland bis zu 200 000 Prostituierte arbeiten. Laut verschiedener Untersuchungen – etwa von Tampep, dem europäischen Netzwerk für Gesundheitsvorsorge bei Sexarbeitern – kommen 65 bis 80 Prozent

der Mädchen und Frauen aus dem Ausland. Die meisten stammen aus Rumänien und Bulgarien.

Die Polizei kann Frauen wie Alina kaum helfen. Die Zuhälter seien auf Razzien vorbereitet gewesen, sagt Alina, sie hätten geprahlt, dass sie Polizisten kennen. „Die wussten, wann eine Kontrolle kommt“, sagt Alina. Sie habe deshalb nie gewagt, sich einem Beamten anzuvertrauen.

Die Zuhälter sagen den Mädchen genau, welche Geschichte sie den Polizisten erzählen sollen. Das Märchen geht so: Die Frau habe zu Hause in Bulgarien im Internet gegoogelt und gesehen, dass man in Deutschland im Bordell gut verdienen könne. Dann habe sie sich ein Busticket gekauft und am Club an der Tür geklingelt, ganz allein.

Wohl jeder Beamte, der im Rotlichtmilieu arbeitet, bekommt dieses Lügengespinnt wieder und wieder erzählt, denn mit Hilfe dieses Märchens werden alle Indizien für Menschenhandel, für das Schleusen der Frauen nach Deutschland, für deren Ausbeutung verschleiert. Die

Aussage macht aus Frauen wie Alina selbstbestimmte Prostituierte – Unternehmerinnen, die ihr Tätigkeitsfeld frei gewählt haben und denen Deutschland nun gute Arbeitsbedingungen in der Dienstleistungssparte Sex bieten will.

Denn so stellen sich Politiker anständige Huren vor: frei, sozialversichert, mit Freude bei der Arbeit und einem Konto bei der Sparkasse – „migrantische Sexarbeiterinnen“, wie sie unter Sozialwissenschaftlern genannt werden, ehrgeizige Dienstleisterinnen, die ihre Chancen im zusammenwachsenden Europa nutzen.

2001 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition ein Prostitutionsgesetz, das die Arbeitsbedingungen der Frauen verbessern sollte. Die Frauen können ihren Lohn einklagen und in die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenkasse einzahlen. Hure – das sollte ein Beruf sein wie Bankkauffrau oder Zahnarzthelferin, akzeptiert statt geächtet.

Nach der Verabschiedung im Bundestag feierten sich die Propagandistinnen der selbstbestimmten Sexarbeit. Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD) sah man mit Grünen-Fraktionschefin Kerstin Müller ein Sektglas schwingen, neben ihnen die Berliner Bordellbetreiberin Felicitas Weigmann, die heute den Nachnamen Schirow trägt. Drei Frauen in Partylaune, weil Männer in Deutschland bedenkenlos in Bordelle gehen konnten.

Inzwischen sind viele Polizisten, Frauenorganisationen und Politiker, die Prostitution aus der Nähe kennen, überzeugt: Das gutgemeinte Gesetz ist ein Förderprogramm für Zuhälter und macht den Markt für Menschenhändler attraktiver.

Mit der Einführung des Prostitutionsgesetzes wurde auch das Strafrecht geändert. An die Stelle der „Förderung der Prostitution“ trat als Straftat die „Ausbeutung von Prostituierten“. Zuhälterei ist strafbar, wenn sie „ausbeuterisch“ oder „dirigistisch“ ist. Polizisten und Staatsanwälte verzweifeln, weil ein solcher Tatbestand kaum zu beweisen ist. Als ausbeuterisch kann ein Zuhälter gelten, wenn er mehr als die Hälfte der Einnahmen an sich nimmt. Das ist aber selten zu belegen. Im Jahr 2000 wurden 151 Personen wegen Zuhälterei verurteilt, 2011 waren es nur noch 32.

Dabei wollten die Initiatoren des Gesetzes die Rechte der Frauen stärken – und nicht die der Luden. Sie hatten gehofft, dass Bordellbetreiber nun endlich die Möglichkeit nutzten, „straffrei für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen“, wie es in einer Bewertung des Gesetzes für das Bundesfamilienministerium heißt.

Prostitution an sich wurde in Deutschland auch vor der Neuregelung nicht bestraft, sie galt aber als sittenwidrig. Behörden duldeten Bordelle allenfalls als „ge-

werbliche Zimmervermietung“. Rund elf Jahre nach der Aufwertung der Prostitution gibt es hierzulande nach Schätzungen des Unternehmerverbandes Erotik Gewerbe Deutschland e.V. (UEGD) zwischen 3000 und 3500 Rotlicht-Etablissements. Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di schätzt, dass im deutschen Rotlichtgewerbe mit Prostitution jährlich rund 14,5 Milliarden Euro umgesetzt werden.

In Berlin sollen es 500 Bordelle sein, im überschaubaren Osnabrück sind es schätzungsweise 70, im kleinen Saarland 270. Die saarländischen Betriebe werden auch von vielen Franzosen besucht. In den Berliner „Sauna-Club Artemis“, in der Nähe des Flughafens gelegen, kommen Kunden auch aus Großbritannien oder Italien.

Reiseveranstalter bieten bis zu acht-tägige Touren in deutsche Bordelle an.



FABIAN MATZERATH / DAPD

Drei Frauen in Partylaune, weil Männer in Deutschland endlich bedenkenlos in Bordelle gehen konnten

Christine Bergmann, Felicitas Weigmann, Kerstin Müller 2001

Die Ausflüge seien „legal“ und „sicher“, schreibt ein Anbieter auf seiner Homepage. Versprochen werden den Interessenten bis zu hundert „total nackte Frauen“, die lediglich Heels tragen. Für die standesgemäße Anreise vom Flughafen in die Clubs wird ein 5er-BMW offeriert (mehr zum Sex-Tourismus nach Deutschland bei SPIEGEL TV am 9. Juni um 22.15 Uhr auf RTL).

Neben sogenannten FKK- oder Sauna-Clubs – die Kunden tragen ein Handtuch um die Hüften, die Frauen sind nackt – haben sich Großbordelle etabliert. Sie werben mit All-inclusive-Tarifen. Als 2009 der Pussy-Club in der Nähe von Stuttgart öffnete, ließ der Betreiber Werbung verteilen: „Sex mit allen Frauen so lange du willst, so oft du willst und wie du willst. Sex. analsex. Oralsex natur.

3er. Gruppensex. Gangbang.“ Für 70 Euro tagsüber, 100 am Abend.

Am Wochenende der Eröffnung nutzten laut Polizei rund 1700 Freier das Angebot. Busse kamen von weit her. Lokalblätter berichteten, dass bis zu 700 Männer vor dem Bordell Schlange gestanden hätten. In Internetforen tauschten sich die Kunden anschließend über den angeblich unzureichenden Service aus: Die Frauen seien nach ein paar Stunden nur noch bedingt einsatzfähig gewesen.

Das Geschäft sei härter geworden, sagt die Nürnberger Streetworkerin Andrea Weppert, die seit mehr als 20 Jahren Huren berät. Die Gesamtzahl der Prostituierten habe sich während dieser Zeit verdreifacht. Mehr als die Hälfte der Huren habe keinen festen Wohnsitz, sondern reise von Ort zu Ort, wo sie als Neue mehr Geld verdienen könnten.

Heute sei es so, dass „ein hoher Prozentsatz der Prostituierten keinen Feierabend hat und nach Hause geht, sondern sich rund um die Uhr an ihrem Arbeitsplatz aufhält“, beschrieb eine Ex-Prostituierte mit dem Pseudonym Doris Winter die Arbeitssituation in einem Beitrag für den wissenschaftlichen Sammelband „Das Prostitutionsgesetz“. „Die Frauen wohnen meist in den Arbeitszimmern.“

Die kosteten in Nürnberg 50 bis 80 Euro pro Tag, sagt Streetworkerin Weppert. In Laufhäusern, in die besonders viel Kundenschaft komme, könnten es auch 160 Euro sein. Die Arbeitsbedingungen für Prostituierte hätten sich „in den letzten Jahren verschlechtert“. Insgesamt werde in Deutschland „für weniger Geld wesentlich mehr Leistung unter riskanteren Bedingungen erbracht als noch vor zehn Jahren“.

Dass Frauen auf den größten Prostitutionsmarkt der EU strömen, bestätigen sogar die Bordellbetreiber. Holger Rettig vom UEGD sagt, dass sich durch die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die Union der Zuzug von Frauen aus diesen Ländern rasant verstärkt habe. „Das hat zu einem Preisverfall geführt“, sagt Rettig. In der Prostitution herrsche „radikale Marktwirtschaft, nicht soziale“.

Der Münchner Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer beklagt die „explosionsartige Zunahme des Menschenhandels aus Rumänien und Bulgarien“. Doch es fehle ihm an Möglichkeiten zu ermitteln. Telefonüberwachungen würden ihm in der Regel nicht erlaubt. „Das Ergebnis: Es gibt bei uns praktisch keine Verfahren gegen Menschenhandel“, sagt Schmidbauer. „Wir können nichts beweisen.“

Und so ist es schwer, jenen auf die Spur zu kommen, die aus den entlegensten Ecken Europas frische Ware für Deutschlands Bordelle besorgen, Ware wie Sina. Den Psychologinnen im Büro des Fraueninformationszentrums in Stuttgart erzählte sie von ihrem Weg in deutsche Flatrate-Bordelle.



**„Die Polizisten haben
nichts gemerkt,
oder es war ihnen egal.“**

Cora

Prostituierte, Freier in Bonn

„Radikale Marktwirtschaft, nicht soziale“

Corhana, ihr rumänisches Heimatdorf, liegt nahe der Grenze zur Republik Moldau, die meisten Häuser haben keinen Wasseranschluss. Sina ging mit den anderen Mädchen aus dem Dorf jeden Tag zum Brunnen. Es war eine Szene wie aus „Aschenputtel“: Irgendwann, so träumten sie alle, werde der Mann kommen, der sie aus ihrem grauen Alltag erlöst.

Marian hieß der Mann, der schließlich mit seinem großen BMW am Dorfbrunnen vorfuhr. Sina verliebte sich auf den ersten Blick. Er sprach von Arbeit in Deutschland, ihre Eltern unterzeichneten das Formular, das sie als Minderjährige für die Ausreise benötigte. Auf der Reise nach Schifferstadt in Rheinland-Pfalz gab er ihr Alkohol und schlief mit ihr.

Marian lieferte sie im „No Limit“ ab, einem Flatrate-Bordell. Sina war erst 16 Jahre alt, sie soll bis zu 30 Kunden am Tag bedient haben. Ab und zu erhielt sie ein paar hundert Euro. Irgendwann schickte Marian sie zurück nach Rumänien, aus Angst vor Polizeikontrollen. Aber sie kehrte zurück, schaffte wieder an. Das Märchen, das sie nun träumte, hieß nicht mehr „Aschenputtel“, sondern „Pretty Woman“. Sie hoffte, ein Freier würde sich in sie verlieben und sie retten.

Hat das deutsche Prostitutionsgesetz die Lage von Frauen wie Sina verbessert? Das Familienministerium ließ fünf Jahre nach der Einführung evaluieren, was die neuen Paragraphen gebracht hatten. In dem Bericht heißt es, die Ziele seien „nur zu einem begrenzten Teil“ erreicht worden. Die Liberalisierung habe „keine messbare tatsächliche Verbesserung der sozialen Absicherung von Prostituierten bewirken können“. Die Arbeitsbedingungen hätten sich ebenso wenig verbessert wie die Aufstiegsmöglichkeiten. Und „für einen kriminalitätsmindernden Effekt“ des Gesetzes gebe es „bislang keine belastbaren Hinweise“.

Kaum ein Gericht konnte von einer Prostituierten berichten, die ihren Lohn eingeklagt hätte. Nur ein Prozent der Frauen gab an, einen Arbeitsvertrag als Prostituierte abgeschlossen zu haben. Da half es auch nichts, dass die Gewerkschaft Ver.di einen „Musterarbeitsvertrag im Bereich sexueller Dienstleistungen“ entwarf. In einer Befragung von Ver.di sagte eine Bordellbetreiberin, sie schätze die Sicherheit vor Razzien; das Prostitutionsgesetz bringe mehr Vorteile für die Betreiber von Bordellen als für Prostituierte.

Wer in Deutschland eine mobile Pomesbude betreiben will, muss sich an die Norm DIN 10500/1 für „Verkaufsfahrzeuge für leicht verderbliche Lebensmittel“ halten, in der etwa steht, dass Seifenspender und Einmalhandtücher nötig



Straßenstrich in Essen mit „Verrichtungsboxen“ (I.): „Wer hier arbeitet, hat ein krasses Problem“

sind. Ein Bordellbetreiber ist frei von derartigen Zwängen: Er muss den Behörden nur melden, wann der Laden eröffnet wird.

Noch immer meiden Prostituierte die Anmeldung bei Behörden. In Hamburg mit seiner berühmten Reeperbahn folgen nur 153 Frauen den Vorschriften und haben sich beim Finanzamt der Hansestadt angemeldet. Der Staat will, dass die Prostituierten Steuern zahlen. Muss er dann im Gegenzug Regeln für diesen Berufsstand aufstellen?

In welcher merkwürdigen Rolle der Staat dabei gerät, lässt sich am Straßenstrich in Bonn beobachten. Am Abend müssen die Frauen dort an einem Automaten ein Steuer-Ticket für Prostituierte lösen, gültig bis zum nächsten Morgen um sechs Uhr. Der Zettel kostet sechs Euro.

Im Norden Kölns, wo die Stadt an der Geestemünder Straße unweit der Ford Werke ihren Drogenstrich hat, werden keine Steuern erhoben. Es handelt sich um ein Sozialprojekt. Unter einem Scheunendach sind sogenannte Verrichtungsboxen eingebaut. Ein Hinweisschild „Straßenstrich“ fehlt; ein Schild, dass auf dem umzäunten Areal maximal mit zehn Stundenkilometern zu fahren ist, gibt es sehr wohl, Fahrtrichtung nur gegen den Uhrzeigersinn.

Am Rand stehen an diesem kalten Abend im Frühjahr etwa 20 Frauen, manche haben sich Campingstühle mitgebracht, andere sitzen in umfunktionierten

Bushäuschen. Wird sich ein Freier mit einer Frau einig, fährt er mit ihr in eine Box: Unter dem Scheunendach gibt es acht solcher Verschläge und für Radfahrer und Fußgänger einen gesonderten Raum, mit Betonboden und einer Parkbank. In jeder Box ist ein Alarmknopf angebracht, der Sozialdienst katholischer Frauen ist allabendlich vor Ort.

Alia, eine 23-Jährige mit blonder Perücke, hat sich in eine Corsage gezwängt, sie versucht, ihre Alkoholfahne mit einem Pfefferminzbonbon zu überdecken. Alia sagt über sich und ihre Kolleginnen: „Wer hier arbeitet, hat ein krasses Problem.“

Alias Weg an die Geestemünder Straße führte über die Schule, die sie hinschmiss, und einen Freund, bei dem sie erst einzog und der sie dann auf den Strich schickte. Aus „Geldnot und Liebe“ habe sie mit der Prostitution angefangen. Marihuana, Kokain, Amphetamine und Alkohol kamen dazu. „Es gibt keine Prostitution ohne Zwang und Not“, sagt sie. Seit drei Jahren ist sie hier. „Eine Frau, der es gutgeht, arbeitet nicht so.“

40 Euro waren an der Geestemünder Straße mal der Tarif für Oral- und Geschlechtsverkehr. Doch als Dortmund seinen Straßenstrich schloss, seien mehr Frauen nach Köln gekommen, sagt Alia. „Es gibt immer mehr, und die gehen dann mit dem Preis runter, damit sie überhaupt etwas haben“, klagt sie. Bulgarinnen und Rumäninnen nahmen bisweilen auch weniger als zehn Euro. „Es gibt hier

eine, die macht es sogar für einen Big Mac.“

Die Frauen aus Osteuropa aber arbeiten kaum an der Geestemünder Straße. Regelmäßige Passkontrollen durch die Behörden haben sie vertrieben – dabei sollten die Kontrollen helfen, Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu finden und zu schützen. Nun arbeiten die Mädchen auf dem Straßenstrich im Kölner Süden. Die Preise aber verdirbt dies auch im Norden.

Die Gründerin der „Arbeitsgruppe Menschenhandel“ im US-Kongress, Carolyn Maloney, äußerte sich 2007 zu den Folgen der Legalisierung der Prostitution rund um die Spielerstadt Las Vegas in Nevada: „Es war ein naiver Glaube, dass legalisierte Prostitution das Leben der Prostituierten verbessern, die Prostitution dort verschwinden lassen, wo sie nicht legal ist, und die Organisierte Kriminalität aus dem Geschäft entfernen würde“, so die demokratische Politikerin. „Wie alle Märchen hat sich das als reine Phantasie erwiesen.“

Deutsche Ermittler im Rotlichtmilieu klagen, sie hätten kaum noch Möglichkeiten, überhaupt in die Bordelle hineinzugehen. Deutschland sei zu einem „Zentrum der sexuellen Ausbeutung junger Frauen aus dem Osten Europas und zu einem Aktionsfeld mafiöser Gruppierungen aus aller Welt“ geworden, sagt der pensionierte Kriminalhauptkommissar Manfred Paulus aus Ulm, der früher Rotlicht-

ermittler war und inzwischen in Bulgarien und Weißrussland Frauen davor warnt, sich nach Deutschland locken zu lassen.

Statistiken zufolge hat Deutschland kaum Probleme mit Prostitution und Menschenhandel. Laut Bundeskriminalamt (BKA) gab es im Jahr 2011 genau 636 erfasste Fälle von „Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“, fast ein Drittel weniger als zehn Jahre zuvor. 13 der Opfer waren jünger als 14 Jahre alt, weitere 77 waren noch nicht 18 Jahre alt geworden.

Es gebe viele Frauen aus EU-Ländern, „deren Situation legt den Verdacht des Menschenhandels nahe, der strafrechtliche Nachweis ist aber“, so der BKA-Bericht, „schwierig zu führen“. Alles hänge dann an den Aussagen der Frauen. Aber bei denen bestehe, „insbesondere bei mutmaßlichen Opfern aus Rumänien und Bulgarien, wenig Bereitschaft, mit der Polizei und den Beratungsstellen zu kooperieren“. Und wenn die Frauen doch einmal wagten, etwas zu sagen, würden die Aussagen „oftmals zurückgezogen“.

Eine Studie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht kam zu der Erkenntnis, dass die offiziellen Zahlen zum Menschenhandel „wenig über das tatsächliche Ausmaß dieses Deliktes“ aussagen.

Die EU-Kommissarin Cecilia Malmström legte gerade einen Bericht über Menschenhandel vor, nach dem es in der EU mehr als 23 600 Opfer gibt, zwei Drittel davon werden sexuell ausgebeutet. Die Schwedin sieht Anzeichen dafür, dass kriminelle Banden ihre Geschäfte ausweiten. Trotzdem sinke die Zahl der Verurteilungen, weil die Polizisten nicht dagegen ankämen. Malmström ermahnte Deutschland, mehr zu tun.

Was aber, wenn das deutsche Prostitutionsgesetz den Menschenhändlern sogar hilft? Hat das Gesetz die Prostitution angefacht und damit auch den Menschenhandel?

Axel Dreher, Professor am Lehrstuhl für Internationale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Heidelberg, hat versucht, diese Fragen zu beantworten. Dreher untersuchte Statistiken aus 150 Ländern, seine Daten waren ungenau, wie alle in diesem Bereich, aber er konnte einen Trend feststellen: Wo Prostitution legal ist, gibt es mehr Menschenhandel als anderswo.

Die meisten Frauen, die zur Prostitution nach Deutschland kommen, werden nicht auf der Straße gekidnappt, die meisten glauben auch nicht ernsthaft, dass sie hier als Brötchenverkäuferin arbeiten sollen. Häufiger folgen sie wie Sina einem Mann, in den sie sich verliebt haben, oder sie wissen wie Alina, dass es um Prostitution geht. Sie ahnen aber oft nicht, wie schlimm es werden kann und dass ihnen von ihrem Geld kaum etwas bleibt.

Hinzu kommen noch krassere Fälle. Im Dezember schockierte der Film „Wegwerfmädchen“ der Serie „Tatort“ aus Hannover das Fernsehpublikum. Zuhälter warfen zwei schwerverletzte junge Frauen nach einer Sexorgie wie Abfall auf den Müll. Nur ein paar Tage nach der Ausstrahlung fanden Münchner Polizisten in einer kleinen Grünanlage ein kaum bekleidetes, wimmerndes Bündel Mensch.

Die 18-Jährige war aus einem Bordell geflohen. Die Rumänin sagte den Polizisten, sie sei von drei Männern und zwei Frauen auf der Straße in ihrem Heimatdorf angesprochen worden. Die Unbekannten hätten ihr einen Job als Kinder mädchen versprochen. Als sie in München ankamen, hätten sie ihr die Augen verbunden und sie zu einem Kellerverlies gebracht, dessen Tür sich nur mit einem Sicherheitscode habe öffnen lassen.

In dem dunklen Raum habe auf einem Stockbett ein weiteres Mädchen gesessen,



JOHANNA HENRIKSSON

„Seit ich erlebt habe, wie meine Mitbewohnerin ihren Körper verkaufte, mische ich mich ein.“

Kajsa Ekis Ekman

hinter den Mauern habe man Wasser rauschen gehört. Die Polizei nimmt an, dass das Versteck in einer leeren Fabrik neben der Isar lag. Die Männer hätten sie vergewaltigt und geprügelt, als sie sich weigerte, in einem Bordell zu arbeiten.

Die Polizisten waren sich anfangs nicht sicher, ob die Geschichte stimmt. Aber das Mädchen hatte sich die Namen der Zuhälter gemerkt. Sie wurden gefasst und sitzen in Untersuchungshaft. Weil sie schweigen, ist das gruselige Kellerverlies bis heute nicht gefunden. Die Rumänin lebt jetzt im Zeugenschutzprogramm.

Manchmal werden die Mädchen auch von ihrer Familie geschickt. Wie Cora aus Moldau. Die 20-Jährige vergräbt die Hän-

de in den Taschen eines Kapuzenpullis, ihre Füße stecken in Plüschhausschuhen mit aufgenähten Kulleraugen. Cora lebt in der Herberge eines rumänischen Hilfszentrums für Opfer von Menschenhändlern. In Moldau, sagt Coras Psychologin, hören Mädchen, wenn sie 15, 16 Jahre alt sind, von Brüdern und Vätern oftmals: „Hure, geh los und bring Geld.“

Cora, die hübsch und artig war, wurde von ihren Brüdern in eine Disco in der nächsten Stadt gefahren. Dort musste sie nur Getränke ausschenken, aber sie lernte einen Mann kennen, der Kontakte zu Rumänen hatte. „Er sagte, in Discos dort könne ich viel mehr Geld verdienen.“ Cora ging mit ihm. Erst nach Rumänien, dann nach Deutschland.

In Nürnberg sei sie einen Tag lang vergewaltigt worden, sagt sie. Dann wusste sie, was sie zu tun hatte. Sie arbeitete in einem Bordell in der Frauentor-mauer, einem der ältesten Bordellbereiche Deutschlands. In ihrem Zimmer empfieng sie die Männer, angeblich bis zu 18 Stunden am Tag. Polizisten sollen auch ins Bordell gekommen sein, als Kunden, sagt sie. „Die haben nichts gemerkt. Oder es war ihnen egal.“

An Heiligabend 2012 herrschte Hochbetrieb im Bordell; Coras Zuhälter soll verlangt haben, dass sie 24 Stunden durcharbeitete. Als sie sich weigerte, habe er ihr mit einem Messer ins Gesicht gestochen. Weil die Wunde stark blutete, durfte sie ins Krankenhaus fahren. Ein Freier, dessen Handy-Nummer sie kannte, half ihr, nach Rumänien zu fliehen. Dort zeigte Cora ihren Peiniger an. Vor kurzem habe der Zuhälter aus Nürnberg angerufen. Er werde sie finden, drohte er.

Die Politiker in Berlin spüren trotz solcher Geschichten keinen nennenswerten Druck, etwas zu tun. Das liegt auch daran, dass in der Debatte um Prostitution eine ideologisch korrekte Haltung schwerer wiegt als die beklagenswerte Praxis. Vor einem Jahr etwa veranstaltete die Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften eine Tagung zur Prostitution in Deutschland. Die Prostitution befinde sich „als anerkannte Sexarbeit in einem Emanzipations- und Professionalisierungsprozess“, hieß es dort.

Die Juristin Rahel Gugel machen solche Aussagen fassungslos. „Das ist absurd, das hat mit der Realität nichts zu tun.“ Die Professorin für Recht der Sozialen Arbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg hat über das Prostitutionsgesetz promoviert und bei einer Hilfsorganisation gearbeitet.

Die Befürworter der Legalisierung argumentieren, jeder habe das Recht, die Tätigkeit auszuüben, die er ausüben wolle. Manche Feministinnen feiern Prostitution gar als emanzipatorisch, da Frauen schließlich mit ihrem Körper machen könnten, was sie wollen. Doch in der

Dunkle Phantasien

Eine Prostituierten-Gruppe kämpft gegen staatliche Vorschriften – unterstützt von den Piraten.

Die Escort-Dame legt Wert auf Niveau: Auf ihrer Website bezeichnet sich Carmen als Sopranistin und Pianistin, zitiert den englischen Naturmystiker William Blake und stellt sich in die Tradition der Hetären, der gebildeten Prostituierten im alten Athen.

Ihre Dienstleistung hat Carmen den Wünschen moderner Kunden angepasst. Honorare werden vorab aufs Geschäftskonto überwiesen, sensible Haut kommt nicht zu Schaden: „Falls Sie unter einer Latex-Allergie leiden, weisen Sie im Vorfeld darauf hin, damit Carmen latexfreie Kondome für das Treffen organisieren kann.“

Im Internet präsentiert sie sich mit Bauchnabelpiercing, nacktem Hintern und nacktem Busen. Vor dem Milchkaffee in einem Café am Prenzlauer Berg sitzt eine zierliche Frau mit

Rollkragenpullover und Schlabberhose. Über ihr Leben jenseits des Escort-Services möchte die Berlinerin nicht reden.

Nur so viel: Sie habe Geisteswissenschaften studiert und arbeite im Qualitätsmanagement einer IT-Firma. Seit etwa sechs Jahren sei sie auch als Escort-Dame tätig. „Ich habe mir gedacht, bevor ich in einer Frittenbude jobbe, mache ich lieber das hier.“

Sie könne sich die Zeit frei einteilen und bekomme für geringen Aufwand gutes Geld. Die Sexarbeiterin hat sich auf Bildungsbürger spezialisiert. Häufig würden sich Akademiker bei ihr melden, die eine Begleitdame etwa für die Oper suchen – und womöglich auch fürs Bett. Kultur allein wird mit 125 Euro für zwei Stunden berechnet, Kultur und Sex mit 350 Euro. Ein ganzer Tag mit Carmen kostet 1290 Euro.

„Die Prostitution ist dafür da, Liebe und Sex zu trennen“, sagt Carmen. „Es geht um Befriedigung, ohne den anderen danach am Bein zu haben.“ Sie steht für eine Gruppe von Prostituierten, die ihren Job freiwillig machen. Doch ihr Geschäft sieht Carmen derzeit bedroht durch Politiker, Polizisten oder Aktivistinnen, die Prostitution stärker regulieren wollen und etwa eine Meldepflicht fordern.

„Warum meinen Frauen wie Alice Schwarzer, mir vorschreiben zu müssen, mit wem ich ins Bett gehe?“, fragt Carmen, sie klingt aufgebracht. „Ich bezeichne mich selbst als Feministin. Und ich habe Spaß am Sex. Na und? Wer will mir das verbieten? Deren Forderungen empfinde ich als Eingriff in meine Berufsfreiheit.“

Sie sei nicht naiv, sagt Carmen, natürlich gebe es Bordelle, in denen Frau-

en zum Sex gezwungen würden. Aber dafür enthalte das Strafgesetzbuch Tatbestände wie Menschenhandel und Vergewaltigung. Das habe mit ihrem Job nichts zu tun. In der Öffentlichkeit werde Prostitution zu schnell mit Zwangsprostitution gleichgesetzt, dabei könne und müsse man beides trennen.

Carmen besucht seit einiger Zeit den „Hurenabend“ in Berlin und ist auch als Lobbyistin tätig. Mit Kollegen und Kolleginnen baut sie eine Vereinigung auf, die Sexworker-Organisation Deutschland. Das Motiv der Prostituierten: „Ohne eine eigene Stimme sind wir nur in den dunklen Phantasien und in den Vorurteilen lebendig.“ Vor kurzem trafen sich Interessierte zum ersten Mal in Frankfurt am Main. Auf der Website sind über 50 Unterstützer verzeichnet – von der reifen Wanderhure „Frances“ aus Wuppertal bis zum Tantra-Masseur „Elias“ aus der Schweiz.

Carmen ist seit dem vergangenen Jahr zudem politisch aktiv: in der Piratenpartei. Die Piraten sind skeptisch gegenüber staatlichen Vorschriften, nicht nur beim Thema Internet. Im Grundsatzprogramm der Partei heißt es, jeder Mensch müsse sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf entscheiden können. Seit einigen Jahren fordern manche Piraten gar die Abschaffung des Inzest-Paragrafen 173 im Strafgesetzbuch, der Beischlaf enger Verwandter unter Strafe stellt.

Auch beim Thema Prostitution wendet sich die Partei nun gegen eine stärkere Regulierung. Carmen kam es zupass, dass die Piraten zur Prostitutionspolitik wie bei so vielen Themen noch keine festen Standpunkte hatten. So stieg sie schnell zur Expertin auf. Carmen warb in Online-Konferenzen für die berufliche Anerkennung von Prostituierten und stellte im Netz ein Dossier zusammen.

Auf dem letzten Parteitag Anfang Mai in Neumarkt nahmen die Mitglieder ihren Antrag „Stärkung der Rechte Prostituiertes“ ins Wahlprogramm auf. Darin findet sich nun etwa eine explizite Absage an alle, die eine Bestrafung von Freiern fordern.

„Ich mache bei den Kolleginnen aber keine Werbung für die Piraten“, sagt Carmen. „Wenn überhaupt, dann mache ich bei den Piraten Werbung für die Kolleginnen.“

SVEN BECKER

Praxis zeigt sich, wie sehr die Grenzen zwischen freiwilliger und erzwungener Prostitution verschwimmen. Alina oder Cora – haben sie sich freiwillig prostituiert, autonome Entscheidungen getroffen? „Es ist politisch korrekt in Deutschland, die Entscheidungen der einzelnen Frauen zu respektieren“, sagt Juristin Gugel. „Aber wenn man Frauen schützen will, ist das nicht die richtige Grundlage.“

Viele Frauen befänden sich in seelischen oder wirtschaftlichen Zwangslagen. Belegt ist, dass überdurchschnittlich viele Prostituierte als Kind unter Misshandlung und Vernachlässigung gelitten haben. Befragungen ergaben, dass ein großer Anteil als traumatisiert gilt. Huren leiden sehr viel öfter als die Gesamtbevölkerung an Depressionen, Angststörungen und Suchterkrankungen. Die meisten Prostituierten sind vergewaltigt worden, viele mehrfach. In Befragungen sagten die meisten Frauen, dass sie – wenn möglich – sofort aus der Prostitution aussteigen wollen.

Natürlich gibt es auch jene Frauen, die sich entscheiden, ihren Körper zu vermieten, weil es ihnen lieber ist, als etwa im Supermarkt Regale einzuräumen. Aber: Es spricht viel dafür, dass sie eine Minderheit sind, allerdings lautstark vertreten von wenigen Bordellbetreiberinnen und Hurenlobbyistinnen wie Felicitas Schirow.

Das deutsche Gesetz habe grundsätzlich den falschen Ansatz, sagt Juraprofessorin Gugel. Wer Frauen schützen wolle, müsse die Prostitution eindämmen und zum Beispiel die Freier bestrafen. In Deutschland ist sie mit diesem Ansatz ziemlich allein. In Europa nicht.

Einige Länder, die früher auf einem ähnlichen Weg waren wie Deutschland, wenden sich ab und orientieren sich an den Schweden. Die beschritten, zwei Jahre bevor Deutschland die Prostitution neu regelte, den entgegengesetzten Weg. Die Aktivistin Kajsa Ekis Ekman kämpft dafür, dass ganz Europa den Schweden folgt. In ihrem Buch „Sein und Ware“ zeichnete sie die Lebenssituation von Prostituierten auf, seither reist Ekman als eine Art Botschafterin gegen Menschenhandel durch europäische Städte.

Mitte April führt Ekmans Feldzug in den Münchner Frauenladen KOFRA. Ekman ist blond, zierlich, energisch, sie hat blaue Augen. Die Schwedin sitzt auf einem schmalen Holzstuhl und lässt den Kaffee vor sich kalt werden, denn sie muss sprechen. Als wäre nicht genug Zeit für alle Argumente, die jetzt wichtig sind.

Als Studentin in Barcelona teilte Ekman sich die Wohnung mit einer Frau, die sich prostituierte. Ekman erfuhr, wie Prostituierte unter der Knute von Zuhältern arbeiten. „Seit ich erlebt habe, wie meine Mitbewohnerin ihren Körper verkaufte, mische ich mich ein.“ Zurück in Schweden staunte sie über eine De-

batte um freie Liebe und Selbstbestimmung von Prostituierten. „Ich hatte etwas anderes erlebt“, sagt Ekman.

Als Schweden 1999 den Kauf sexueller Dienstleistungen unter Strafe stellte, konnten die europäischen Nachbarn es kaum fassen: Zum ersten Mal wurden nicht die Huren bestraft, sondern die Kunden.

„Nun blüht die Prostitution im Verborgenen. Niederlage für die Frauenbewegung in Schweden“, so sah es die „Frankfurter Allgemeine“, die einen „verbohrten Feminismus“ am Werke wähte. Kann eine Gesellschaft, die frei von Prüderie sein will, Männer bestrafen, die zu Huren gehen? Kann sie, sagt Ekman und benennt die Erfolge in ihrem Heimatland: Immer seltener kauften Männer sich Sex, immer häufiger würden sie sich dafür schämen. „Bevor unser Gesetz in Kraft trat, hatte jeder achte Mann in Schweden eine Prostituierte besucht“, sagt sie. Heute sei es nur noch jeder zwölfte.



THOMAS KOEHLER/PHOTOTHEK/BETTY IMAGES

„Ein Verbot verbessert nichts. Man trifft sich dann wieder an Orten, die kaum zu kontrollieren sind.“

Volker Beck

Prostitution gibt es in Schweden natürlich immer noch, aber nur noch halb so oft auf dem Straßenstrich. Insgesamt sei die Zahl der Prostituierten von geschätzt 2500 auf etwa 1000 bis 1500 gesunken. Zuhälter bringen Frauen aus Osteuropa in Kleinbussen ins Land, oft campen sie am Stadtrand, aber das große Geschäft lässt sich nicht mehr machen. Kritiker sind freilich überzeugt, dass Prostitution in Apartments und über das Internet zugenommen hat, und manche Männer fahren nun zu Bordellen im Baltikum oder in Osteuropa.

Die Schweden argumentieren nicht mit der autonomen Entscheidung der Hure, sondern mit der Gleichberechtigung von

Mann und Frau, die in Schweden wie in Deutschland Verfassungsrang hat. Prostitution sei Ausbeutung, so lautet, grob vereinfacht, das Argument, es gebe immer ein Machtgefälle. Wenn Männer sich Frauen für Sex kaufen könnten, zementiere das ein Frauenbild, das der Gleichberechtigung und allen Frauen schade.

Bestraft werden in Schweden die Freier, Zuhälter und Menschenhändler, nicht die Huren. So soll die Nachfrage nach käuflichem Sex erstickt und das Geschäft für Schleuser und Ausbeuter unrentabel werden. Vor zwei Jahren erhöhten die Schweden das maximale Strafmaß für Freier von sechs auf zwölf Monate Gefängnis.

Nicht überall verfolgt die Polizei die Freier mit besonderem Nachdruck. Immerhin griffen Ermittler seit 1999 mehr als 3700 Männer auf. Die erappten Freier mussten meist Geldstrafen zahlen. Auch in Schweden gibt es Debatten, ob das restriktive Gesetz richtig ist, aber es genießt großen Rückhalt bei der Bevölkerung. Zehn Jahre nach Einführung des Gesetzes sprachen sich mehr als 70 Prozent für die Freierbestrafung aus.

In Deutschland hingegen ist es möglich, dass ein „Pimp my Puff-Team“ von RTL II durchs Land fährt, „deutsche Bordelle in Not“ besucht, um mit guten Ratschlägen das Sexbusiness anzukurbeln. Die „Emma“-Herausgeberin Alice Schwarzer wünscht sich deshalb „als Nahziel“ für Deutschland „eine gesellschaftliche Debatte, an deren Ende die Ächtung der Prostitution steht – statt wie heute ihre Billigung, ja Propagierung“.

Pierrette Pape glaubt, dass es Folgen hat, wie in verschiedenen Ländern die Prostitution betrachtet wird: „Ein kleiner Junge in Schweden wächst heute mit der Tatsache auf, dass es eine Straftat ist, Sex zu kaufen. Ein kleiner Junge in Holland wächst damit auf, dass Frauen in Schaufenstern sitzen und wie Massenware geordert werden können. Das hat doch enormen Einfluss darauf, wie er als Mann denken und handeln wird.“ Pape ist Sprecherin der European Women's Lobby in Brüssel, eines Dachverbands von 2000 europäischen Frauenorganisationen.

Für Pape ist es „überraschend“, dass Deutschland seine Politik in Bezug auf Menschenhandel nicht ernsthaft überprüfe. „Die Debatte hat europaweit begonnen, und wir hoffen, dass deutsche Politiker und Hilfsorganisationen künftig aufmerksamer als bisher auf Menschenrechte achten.“

Mehrere europäische Länder orientieren sich inzwischen an den Schweden: Is-

land hat die Stockholmer Regeln übernommen, Politiker denken sogar über Sperren für Online-Pornografie nach. Seit 2009 bestraft Norwegen ebenfalls die Freier von Prostituierten. In Barcelona ist es illegal, die Dienste einer Straßenprostituierten in Anspruch zu nehmen.

In Finnland konnten Freier seit 2006 bestraft werden, wenn sie Kunden einer Prostituierten waren, die für einen Zuhälter arbeitet oder Opfer von Menschenhandel ist. Doch es erwies sich als unmöglich, den Männern nachzuweisen, dass sie dies wussten. Das Justizministerium erarbeitet nun ein Gutachten, ob Finnland das schwedische Modell übernehmen soll.

Auch in Frankreich wollen viele dem Weg der Schweden folgen. Die junge Ministerin für Frauenrechte, Najat Vallaud-

Karrenbauer (CDU) sprang ihr bei. Es passierte nichts – die beiden fanden keine Mehrheit in ihrer Partei.

2008 wollte die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister erreichen, dass Bordellbetreiber auf ihre Zuverlässigkeit überprüft werden. Sie berieten mit den Kollegen von der Innenministerkonferenz. Es passierte: nichts.

2009 forderten Politikerinnen von CDU, SPD, FDP und Grünen in Baden-Württemberg eine Initiative im Bundesrat gegen „unmenschliche Flatrate-Angebote“. Es änderte sich nichts am Gesetz.

Die Niederlande waren schon zwei Jahre vor Deutschland den Weg der gesetzlichen Regelung gegangen. Sowohl Justizministerium als auch Polizei dort räumen ein, es habe seither keine spürbaren

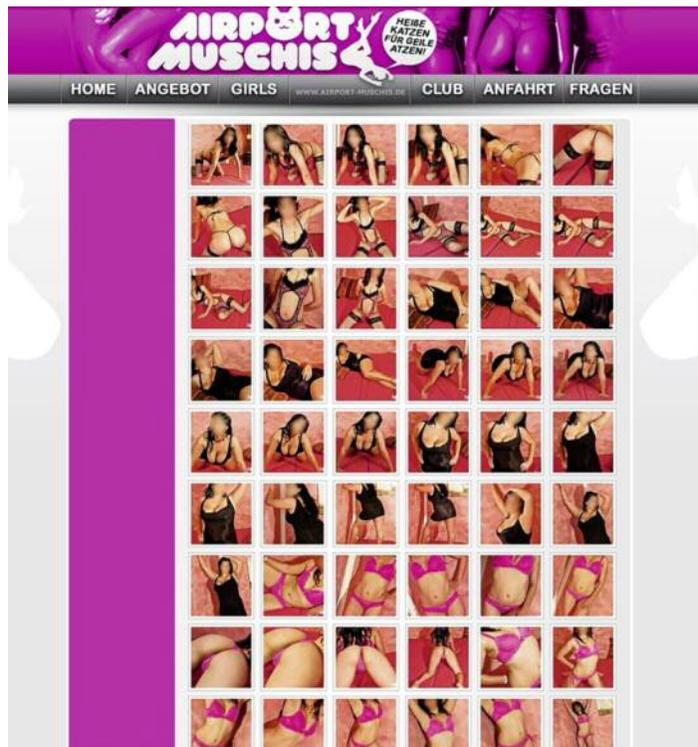
Verbesserungen für die Prostituierten gegeben, ihr Gesundheitszustand sei schlechter als zuvor, und immer mehr Huren seien drogenabhängig. 50 bis 90 Prozent der Prostituierten, so schätzte die Polizei, übten das Gewerbe nicht freiwillig aus.

Der Sozialdemokrat Lodewijk Asscher glaubt inzwischen, die Legalisierung der Prostitution sei „ein nationaler Irrtum“ gewesen. Mittlerweile plant die niederländische Regierung eine Gesetzesverschärfung, um die Zunahme von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu bekämpfen.

In Deutschland ist man noch lange nicht so weit. Jene Grünen, die sich vor zwölf Jahren an wichtiger Stelle für das Prostitutionsgesetz eingesetzt haben, zeigen keine Reue. Die damalige Fraktionschefin Kerstin Müller lässt ausrichten, ihre Schwerpunkte lägen heute in anderen Themenfeldern. Die ehemalige Parlamentarische Geschäftsführerin Irmgard Schewe-Gerigk sagt: „Das Gesetz war gut, wir hätten es nur weiter umsetzen müssen.“

Interessanterweise ist Schewe-Gerigk inzwischen Vorstandsvorsitzende der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes, die sich „eine Gesellschaft ohne Prostitution“ zum Ziel gesetzt hat.

Auch der dritte Vorreiter von damals, Volker Beck, steht weiter zum Gesetzeswerk. Beck, seinerzeit rechtspolitischer Sprecher seiner Partei, fordert allerdings neue Hilfsangebote und Ausstiegsprogramme. Schweden könne kein Modell für Deutschland sein. „Ein Verbot verbessert nichts. Man trifft sich dann wieder an Orten, die kaum zu kontrollieren sind“, meint der Grüne. Außerdem werde dann „das Geschäft von kriminellen Ban-



Internetwerbung für Bordell in Schönefeld: So oft die Freier wollten

Belkacem, war kurz nach ihrem Amtsantritt mit der Ankündigung vorgeprescht: „Mein Ziel ist, die Prostitution verschwinden zu sehen.“ Politiker und Soziologen belächelten die Idee als „Utopie“. Huren demonstrierten in Lyon und Paris auf der Straße. Vallaud-Belkacems Gesetzesentwurf sieht bis zu sechs Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 3000 Euro für Freier vor. Es wird allerdings wohl noch geraume Zeit dauern, bis sie sich in ihrer Regierung durchsetzen kann.

Und in Deutschland? Hier streitet man über minimale Änderungen des Prostitutionsgesetzes – und tut dann doch nichts. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) wollte 2007 Bordelle genehmigungspflichtig machen, die damalige saarländische Innenministerin und heutige Ministerpräsidentin Annegret Kramp-

AIRPORT-MUSCHIS.DE



„Ich habe
das verdrängt,
es waren
so viele
jeden Tag.“

Alina

DJAVILA GROSSMANN/DER SPIEGEL

den übernommen“ – als würde es jetzt von ehrbaren Kaufleuten organisiert.

Einige Parteifreunde sind da anderer Meinung. „Ein großer Teil der Szene ist schon längst in der Illegalität“, sagt Thekla Walker aus Stuttgart. Die grüne Landesvorsitzende hatte einen Änderungsantrag Baden-Württembergs zum Prostitutionsgesetz für den Parteitag vor einem Monat miteingebracht.

„Die selbstbestimmte Prostituierte, die wir bei der Verabschiedung des Prostitutionsgesetzes 2001 vor Augen hatten, die auf Augenhöhe mit dem Freier verhandelt und von ihrem Lohn leben kann, ist eine Ausnahme“, steht darin. Die aktuellen Gesetze schützten nicht gegen Ausbeutung, sondern „letztlich nur die Freiheit, sich ausbeuten zu lassen“. Die Grünen dürften die Augen vor den „katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Prostituierte nicht verschließen“.

Taten sie aber. Walker zog den Antrag zurück, weil er keine Chance hatte, eine Mehrheit zu bekommen. Die Grünen wollen nun erst mal prüfen, ob das Gesetz nachgebessert werden muss.

In Deutschland gelte jeder „als prude und moralisierend“, der sich gegen die Legalisierung ausspreche, sagt Juraprofessorin Gugel. Außerdem habe sie nicht das Gefühl, „dass von Seiten der Politik an dem Thema großes Interesse besteht“.

Frauenministerin Kristina Schröder (CDU) hatte sich eigentlich vorgenommen, entschiedener gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution vorzugehen.

„Bislang konnte unter den vier beteiligten Ministerien trotz intensivster Bemühungen noch keine abschließende Einigkeit“ erzielt werden, heißt es jetzt aus Schröders Haus. Ihr Wunsch, Bordelle stärker zu regulieren, scheiterte am Widerstand der Justizministerin.

Die Liberale Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hält eine Reform des Gesetzes nicht für nötig und wiederholt die alten Argumente: Das deutsche Gesetz hole Frauen aus der Illegalität, das schwedische dränge sie ins Dunkel.

Und so wäre es ein Wunder, wenn sich die Regierung bald dazu entschließen würde, die Opfer des Menschenhandels besser zu schützen. Sie bleiben weiter auf sich selbst angewiesen.

Alina aus Sânaandrei gelang die Flucht aus dem Puff Airport Muschis. Zusammen mit zehn anderen Frauen rannte sie nach einer Razzia in ein türkisches Lokal in der Nachbarschaft. Der Bruder des Besitzers war ein Kunde. Er versteckte die Frauen und organisierte auf eigene Kosten einen Bus. Dann versuchte er, sie nach Rumänien zu fahren. Die Zuhälter wollten den Bus stoppen, doch die Frauen konnten entkommen.

Alina lebt nun wieder im Haus ihrer Eltern. Sie hat ihnen nicht erzählt, was passiert ist. Sie arbeitet, aber was sie tut, will sie nicht sagen. Das Geld reiche für die Busfahrkarte, Klamotten und ein wenig Make-up.

Alina kommt noch ab und zu in den AIDrom, eine Beratungsstelle für Opfer

von Menschenhandel in Temeschwar. Sie redet dort mit Georgiana Palcu, der Psychologin. Die versucht, der jungen Frau eine Lehrstelle als Friseurin oder Köchin zu vermitteln. Palcu sagt, die Gespräche mit jungen Frauen, die aus Deutschland zurückkehrten, seien „endlos und schwer“. Die Psychologin versucht, ihnen eine Perspektive zu geben.

Doch sie gibt sich keinen Illusionen hin. Selbst wenn ein Mädchen eine Lehrstelle fände, würde es den Job wohl nicht antreten. Dort seien höchstens 200 Euro für 40 Stunden Arbeit in der Woche zu verdienen. Und deshalb arbeiten eine ganze Reihe derer, die geschunden aus Deutschland zurückkehrten, doch wieder als Prostituierte. „Was soll ich dazu sagen?“, fragt Palcu. „Das ist die Realität. Man kann nicht leben von 200 Euro.“

Das Bordell Airport Muschis in Schönefeld existiert inzwischen nicht mehr. An seiner Stelle gibt es nun den Club Erotica, ein Bordell ohne Flatrate-Angebot. Freier müssen aber auf nichts verzichten: Ein paar Kilometer weiter in Schöneberg hat das King George auf Flatrate umgestellt. Die Betreiber werben mit dem Slogan „Geiz macht Geil“. Für 99 Euro gibt es Sex und Getränke bis Geschäftsschluss. Analverkehr, ungeschützter Oralsex und Zungenküsse kosten extra. Montag, Mittwoch und Freitag wird zur „Gangbang-party“ geladen.

Ganz legal.

CORDULA MEYER,
CONNY NEUMANN, FIDELIUS SCHMID,
PETRA TRUCKENDANNER, STEFFEN WINTER